

## Erfolgreiche Asylsozialpolitik fortsetzen!

Die CSU-Fraktion bekennt sich zu einer **menschlichen und zeitgemäßen Asylsozialpolitik**.

In dieser Legislaturperiode haben wir deshalb bereits **erhebliche Verbesserungen für Asylsuchende umgesetzt**:

- Mit dem so genannten **Asylkompromiss** (LT-Beschluss vom 14.07.2010, Drs. 16/5539) hat der Landtag beachtliche **Erleichterungen beim Auszug von Asylbewerbern aus Gemeinschaftsunterkünften** angestoßen, von denen insbesondere Familien, länger Untergebrachte und Kranke profitieren.
- Flankiert wurden diese Erleichterungen durch die **Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber**.
- Ferner haben die vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen erlassenen „Leitlinien zur Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften“ zu **sichtbaren Verbesserungen der räumlichen Situati-**

**on in den Gemeinschaftsunterkünften** beigetragen.

- Unterstützend zu diesen Maßnahmen hat der Landtag die **Mittel für die Asylsozialarbeit in den Jahren 2012 und 2013 um insgesamt knapp zwei Millionen Euro angehoben** und damit die Betreuungsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet.
- Zudem wird auf Grund eines Landtagsbeschlusses vom 20.03.2013 (Drs. 16/16057) seit Juli 2013 **allen Asylbewerbern der Zugang zu Deutschkursen ermöglicht**.
- Auch die **Erteilung einer Arbeitserlaubnis an Asylbewerber** wird zukünftig bereits **nach neun statt bisher zwölf Monaten** nach Einreise möglich sein.

Vor dem Hintergrund der erreichten Verbesserungen ist festzustellen, dass die bayerische Asylsozialpolitik durch **Fehlinterpretation des letzten Halbsatzes von § 7 Abs. 5 Satz 3 der Asyldurchführungsverordnung diskreditiert wird**, wonach die Verteilung der Asylbewerber „die Bereitschaft zur

Rückkehr in das Heimatland fördern" soll.

Die CSU-Fraktion **begrüßt** es daher, dass die **Staatsregierung** aus Gründen der Klarstellung **beschlossen hat, diesen Halbsatz zu streichen.**

Angesichts der steigenden Zahl der Asylsuchenden sind jedoch **weitere Anstrengungen erforderlich.** In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, sich für die **Verwirklichung folgender Ziele einzusetzen:**

- Die **Dauer von Asylverfahren** beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) **muss verkürzt werden** und soll künftig regelmäßig **nicht mehr als sechs Monate** betragen. Hierzu ist das Personal beim BAMF im Asylbereich deutlich aufzustocken.
- Alle geeigneten Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die **Verweildauer in den Aufnahmeeinrichtungen so kurz wie möglich** zu gestalten.
- Die **Asylsozialberatung muss weiter ausgebaut** werden. Insbesondere muss verstärkt auch eine Betreuung von Asylbewerbern bei dezentraler Unterbringung durch Kreisverwaltungsbehörden und kreisfreie Städte gewährleistet sein.
- Der durch Bundesrecht festgeschriebene **Vorrang des Sachleistungsbezugs** soll im Rahmen der

gesetzlichen Vorgaben **flexibel gehandhabt** werden. Insbesondere sollen die vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen konzipierten **Modellprojekte zum Verzicht auf Sachleistungen** auf in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte, jedoch auszugsberechtigte Asylbewerber **ausgeweitet** werden.

- Eine **angemessene Förderung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist in jedem Fall sicherzustellen.** Dafür sind alle bestehenden Angebote, wie etwa auch Berufsbildungswerke, zu nutzen und einzubeziehen. Bereits jetzt werden rund 95 % der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht. Das bislang geltende **4-Stufen-Konzept** ist dahingehend **zu überarbeiten**, dass **alle minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen** sind.
- Die im Rahmen eines Pilotprojekts in den Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichteten **Gutachterstellen zur Erkennung psychischer Störungen bei Asylbewerbern** sollen nahtlos fortentwickelt werden zur Einrichtung eines **niederschweligen Hilfsangebots fachärztlicher Leistungen** in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen München und Zirndorf.

## Hochwasser in Bayern – Dank an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer

Die **herausragende und beeindruckende Einsatzfreude** der vielen **Ehrenamtlichen aus ganz Bayern** in den Hochwassergebieten Ende Mai/Anfang Juni 2013 bedarf einer **besonderen Würdigung**.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** auf-

gefordert, die **Verleihung einer besonderen Auszeichnung** für Helferinnen und Helfer anlässlich des Hochwassers 2013 auf den Weg zu bringen.

Diese soll erstmals zeitnah im Rahmen eines Staatsempfangs für die Hochwasserhelferinnen und -helfer verliehen werden.

## Schülerforschungseinrichtungen und -labore

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, unter Berücksichtigung der insgesamt aktuell verfügbaren Stellen und Mittel im Rahmen der besonderen MINT-

Förderung in der aktuellen Bildungslandschaft baldmöglichst ein **Konzept für Schülerlabore und Schülerforschungszentren vorzulegen**.

## Studienanfänger für das Lehramt über Einstellungschancen aufklären

**Arbeitsplätze** für Lehrerinnen und Lehrer gibt es **nur dort, wo auch Schüler sind**. Die Einstellungschancen richten sich zudem auch nicht nach der Zahl der Absolventen, sondern **nach dem tatsächlichen Bedarf** im jeweiligen Lehramt. Die Einstellungs- und Einsatzmöglichkeiten unterscheiden sich daher je nach gewählter Schulart, Fächerkombination und Region stark.

Obwohl das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) immer wieder auf die **Lehrerbedarfsprognose** und die **regional unterschiedli-**

**chen Einstellungs- und Einsatzmöglichkeiten** hinweist, zeigt sich in der Praxis, dass zu viele Lehramtsabsolventen diese Hinweise nicht kennen. Dies führt zu unnötigen und vermeidbaren Enttäuschungen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie unter Wahrung der Autonomie der Universitäten und ohne zusätzliche Kosten für diese sicherzustellen, dass **alle Studierenden für ein Lehramt gegen Nachweis so**

**frühzeitig wie möglich** (z. B. im Rahmen der Lehramtspraktika) über folgende Themen **informiert werden**:

- Die **jährlich aktualisierte Lehrbedarfsprognose des StMUK** zu den je nach Schulart und Fächerverbindung unterschiedlichen Einstellungschancen,
- die insbesondere aufgrund der Schülerentwicklung **regional un-**

**terschiedliche Einstellungs- und Versetzungssituation,**

- die Notwendigkeit des **verstärkten Einsatzes auch am Nachmittag in Ganztagschulen**, sowie
- die **Altersgrenze von 45 Jahren** für eine evtl. Verbeamtung bei Übernahme in den staatlichen Schuldienst.

### Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich

Im Dezember 2009 haben wir begonnen, Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention für Bayern umzusetzen. Die **Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG)**, die am 1. August 2011 in Kraft getreten ist, schafft **wichtige Grundlagen** für eine inklusive Schulentwicklung, wie:

- Inklusiver Unterricht ist **Aufgabe aller Schulen**.
- Die bisherige **Voraussetzung der aktiven Teilnahme entfällt**.
- **Alle Kinder und Jugendlichen** haben **grundsätzlich Zugang zur allgemeinen Schule**. Die Eltern entscheiden, ob Ihr Kind die Regelschule oder ein Förderzentrum besucht.
- Schulen können das „**Schulprofil Inklusion**“ entwickeln.

- Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurden bislang **pro Schuljahr jeweils 100 Planstellen für Inklusion** bereitgestellt.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, im Rahmen der nach dem jeweiligen Staatshaushalt hierfür zur Verfügung gestellten Stellen und Mittel den **bayerischen Weg der Inklusion** durch eine Vielfalt schulischer Angebote **mit folgenden Maßnahmen weiter voranzutreiben**:

- **Weiterentwicklung eines schulartspezifischen Fortbildungskonzepts** (mit Angeboten zur Entwicklung inklusiven Unterrichts und Angeboten für spezifische Förderbedarfe) **für Lehrkräfte aller Schularten**;
- **Intensivierung** des Themas Inklusion **in der Lehrerbildung**;

- **Bericht über die Ergebnisse des runden Tisches Inklusion** zum Thema Schulbegleitung;
- **Stärkere Verknüpfung aller am Inklusionsprozess beteiligten Schulabteilungen im StMUK**;
- **Weiterentwicklung des schulischen Beratungssystems** bezüglich des Themas Inklusion;
- **Prüfung, ob und inwieweit neue Formen der Leistungserhebung** im inklusiven Unterricht eingesetzt werden sollen;
- Ermöglichung des „**Schulprofils Inklusion**“ auch für Förderschulen.

### Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

Der **Kinderunfallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt)** erfasst in regelmäßigen Abständen die **Unfälle mit Kindern unter 15 Jahren** und setzt sie ins Verhältnis zu der Gesamtkinderzahl dieser Altersgruppe. Er **unterstützt die Landkreise und Gemeinden** bei der Einschätzung der Unfallbelastung von Kindern an vergleichbaren Orten, ersetzt aber nicht die detaillierte Analyse vor Ort und die Erarbeitung von konkreten Verbesserungsvorschlägen und Maßnahmen.

Der aktuelle Kinderunfallatlas, der im Januar 2013 erschienen ist, kommt **für Bayern zu dem Ergebnis**, dass die meisten Kinder **als Mitfahrer in den ländlichen Regionen Bayerns verunglücken**. Ein Vergleich der Daten zum Untersuchungszeitraum des letzten Kinderunfallatlases zeigt zwar einen **deutlichen Rückgang der Unfälle**, jedoch weist Bayern im **bundesweiten Vergleich sichtbar weniger Veränderungen** auf. Besonders die **bayerischen Städte**, der **ostbayer-**

**rische Raum** und der **Alpenraum** haben eine **hohe Unfallbelastung**.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **je Regierungsbezirk eine Stadt und drei Gemeinden unterschiedlicher Größe auszuwählen**, bei denen die Unfallbelastung nach den Feststellungen des Kinderunfallatlases deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt liegt. In enger Abstimmung mit den Entscheidungsträgern von Straßenbaubehörden, Straßenverkehrsbehörden und Polizei soll dann im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein **Maßnahmenpaket entwickelt und nach Möglichkeit umgesetzt** werden, um die Situation zu verbessern. Hierüber soll dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit berichtet werden.

Außerdem soll **sichergestellt** werden, dass Städte und Landkreise **bessere Möglichkeiten erhalten**, an innerörtlichen Straßen im Bereich von **Betreuungseinrichtungen und Spielplätzen**

**Tempo 30** sowie an Kreis- und Staatsstraßen ohne Fuß- und Fahrradwege **Tempo 70** anzuordnen. Dazu soll die Staatsregierung **Spielräu-**

**me bei Ermessensentscheidungen** zugunsten der Verkehrssicherheit **nutzen**.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen – durch Eindämmung unseriöser Inkassopraktiken**

Unseriöse Inkassodienstleister versuchen, **unberechtigte Forderungen** einzutreiben bzw. **treiben Bagatellforderungen** durch nicht nachvollziehbare Inkassokosten immer weiter in die Höhe.

Um die **Effizienz der Aufsicht** über die Inkassodienstleister zu erhöhen, könnte anstelle von derzeit 79 Aufsichtsbehörden die Aufsicht bei **einer Behörde je Bundesland konzentriert** werden.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, die Möglichkeiten einer **weitergehenden Bündelung der Aufsicht** über Inkassodienstleister auf Landesebene **zu prüfen**.

### **Bericht über die personalvertretungsrechtliche Stellung des vom Anwendungsbereich des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes erfassten Personenkreises**

**In einem weiteren Antrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, bis Anfang 2014 über die personalvertre-

tungsrechtliche Stellung der vom Anwendungsbereich des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes erfassten Personenkreises **zu berichten**. Dabei soll **insbesondere auf die Ärztinnen und Ärzte der Universitätsklinika** und die diesbezüglichen Gespräche der Universitätsklinikarunde **eingegangen** werden.

### **Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof**

Im Zuge der Implementierung der Vorgaben des **Bologna-Prozesses** wurden im Geltungsbereich des Bayerischen Hochschulgesetzes sukzessive die Diplom- und Magisterstudiengänge durch ein **zweistufiges System aus Bachelor- und Masterstudiengängen** ersetzt, wobei die Studiengänge, die mit einem Staatsexamen oder mit einer kirchlichen Prüfung abgeschlossen werden, davon unberührt blieben.

**In einem Antrag** haben wir die Staatsregierung nun aufgefordert, dem Landtag bis spätestens Ende 2013 **darüber zu berichten, ob und inwieweit** für die Ausbildung und Prüfungen im

nichttechnischen Verwaltungsdienst an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung – in Hof ein **neuer Studiengang, der mit dem akademischen Grad „Bachelor of Laws“ abschließt**, gegenüber dem derzeitigen Diplomstudien-gang **verbesserte Qualifikationsvo-raussetzungen** für eine moderne und leistungsfähige staatliche und kommu-nale Verwaltung mit sich bringen könn-te.

#### **Bürokratie erschwert Außenhandel: Exportkontrolle beschleunigen und transparent gestalten**

Die Kontrolle der Ausfuhr sensibler Güter und der Wirtschaftsverkehr mit terrorverdächtigen Personen oder Insti-tutionen **bedürfen ohne Frage einer staatlichen Kontrolle**. Im internationa-len Vergleich weist Deutschland aller-dings **mit die längste Bearbeitungs-dauer** der Anträge auf Ausfuhrgeneh-migung auf.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, sich **beim Bund für ein beschleunigtes Verfahren der Exportkontrolle ein-zusetzen**. Exportkontrollprüfungen durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) sollen zügiger bearbeitet werden, insbeson-dere wenn Bundesministerien in Ein-zelentscheidungen einbezogen wer-den.

#### **Verlängerung der U5 Neuperlach Süd bis Ottobrunn**

Die geplante **Gründung des Bavarian International Campus Aerospace and Security (BICAS)** in Ottobrunn erfordert einen **besseren Anschluss** des Standorts **an das öffentliche Nahverkehrsnetz**.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregie-rung daher **in einem Antrag** aufgefor-dert **zu berichten**, wie eine **Verlänge-rung der U5** vom jetzigen Endhalte-punkt Neuperlach-Süd über Neubiberg **bis Ottobrunn forciert** werden kann.